



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

20. April 2012

Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Wir Arbeitende oder die Kapitalisten, das ist die eigentliche Wahl

Der Wahlkampf hat begonnen. Und nun versuchen uns alle Parteien davon zu überzeugen, welch großen Unterschied es für unser Leben mache, wenn gerade ihre Partei in NRW an die Regierung käme.

Oh ja, für Leben und Karriere einiger Politiker macht dies sicher einen großen Unterschied. Auch für die Bundesregierung ist nicht egal, welche Partei im bevölkerungsreichsten Bundesland die Wahl gewinnt. Und so entdecken die großen Parteien im Wahlkampf auf einmal Themen, über die sie sonst schweigen, reden von der Praxisgebühr, von den Spritpreisen...

Während sie auf Landes- und Bundesebene Wahlkampf machen, führen sie in den Städten von NRW vor, wie ihre eigentliche Politik aussieht. Hier heißt es: „Für 3% mehr Lohn für Krankenschwestern und Straßenkehrer ist kein Geld da. Wir müssen stattdessen Stellen streichen und sparen. Wir müssen die Schulden bremsen.“

Und genau so wird es nach der Wahl auch auf Landesebene weitergehen: Arbeitsplatzvernichtung, Lohndrückerei, Einsparungen im Öffentlichen Dienst, bei allem was der Bevölkerung nutzt... im Namen der „Bekämpfung der Schulden“. Das ist das Programm aller möglichen Regierungsparteien. CDU und FDP brüsten sich offen damit. Doch auch für SPD, Grüne oder Piratenpartei ist es selbstverständlich, dass das öffentliche Geld dazu benutzt wird, die Schulden und deren Zinsen an die Banken zu zahlen – und dass man es dafür der arbeitenden Bevölkerung wegnimmt!

Warum aber sollte es selbstverständlich sein, dass die arbeitende Bevölkerung für die Schulden bezahlt? Wurden diese

Schulden etwa für sie gemacht? Sind die Schulen, die öffentlichen Verkehrsmittel, die Löhne verbessert worden? Nein, WIR haben nicht einen Cent von diesem Geld gesehen, im Gegenteil.



Diese Schulden haben alle Parteien für die „Rettung“ der Banken gemacht, sie wurden für die Kapitalisten gemacht und für Steuergeschenke an die Reichsten. Warum sollten wir diese Schulden der Bosse zahlen? Zahlt etwa unser Chef die Raten, wenn wir Schulden machen?

Die Reichsten der Reichen, die Kapitalisten sollen die Raten für ihre Schulden selbst bezahlen! Dann nämlich wäre mehr als genug Geld in den öffentlichen Kassen. Allein von den jährlichen Zinsen, die Land und Kommunen für die Schulden zahlen, könnte man in NRW 145.000 Arbeitsplätze zu 1500 Euro Netto schaffen!

Wenn wir also nicht mehr akzeptieren, die Schulden der Kapitalisten zu zahlen, wenn wir im Gegenteil alle Geschenke an sie, alle Steuervergünstigungen, alle Subventionen und Hilfspakete zurückverlangen, wäre es kein Problem mehr, massenhaft Arbeitsplätze in Krankenhäusern, Kindergär-

ten, Altenheimen, Schulen zu schaffen. Der Öffentliche Dienst könnte auch Bauarbeiter und Handwerker einstellen, um die Straßen instand zu setzen, um Schulen und Krankenhäuser zu renovieren,

um moderne, kostengünstige Wohnungen zu bauen. Er könnte an Stelle von 1-Euro-Jobs und niedrigen Löhnen allen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Löhne zahlen, von denen man vernünftig leben kann. Solche Maßnahmen würden tatsächlich unser Leben verändern.

Doch das bedeutet, dass man sich mit den Banken und Konzernen, mit den Kapitalisten anlegen muss. Dass man sie zwingen muss, von ihren Gewinnen und ihren riesigen aufgehäuften Vermögen einen Teil

herauszurücken, damit er für die Bevölkerung genutzt wird, statt für die Spekulation und ihre sonstigen parasitären Beschäftigungen.

Keine der Parteien jedoch, die uns regieren wollen, würde auch nur diesen Gedanken zulassen. Für sie alle gilt, dass lieber die Bevölkerung verelenden soll, als das man die heiligen Rechte und Gewinne der Kapitalisten antastet.

Umso wichtiger ist es, dass wir Arbeitenden wieder anfangen, uns selber in die Politik einzumischen. Dass wir unsere eigenen Forderungen aufstellen und sie auf viel effizientere Weise verteidigen als alle paar Jahre mit einem Wahlzettel. Wir besitzen nämlich ein viel wirksames Machtmittel:

Wir Arbeitenden halten die gesamte Wirtschaft in der Hand und können so, wenn wir gemeinsam und konsequent streiken, die herrschende Klasse unter Druck und in Angst versetzen. Und dies ist jedenfalls realistischer als zu hoffen, dass es durch Wahlen besser oder auch nur nicht schlechter werden könnte.

Angriffe auf den Kündigungsschutz... im Namen der „Eurokrise“



Arbeitende in Spanien streiken und demonstrieren dagegen, dass Regierung und EU den ohnehin mageren Kündigungsschutz noch verringern wollen.

Die Arbeitslosigkeit in Europa ist so hoch wie nie. 25 Millionen Menschen finden keine Arbeit – und ihre Zahl steigt. Ganz besonders betroffen hiervon sind junge Arbeiter. Bald jeder Vierte (!) unter 25 Jahren wird zur Arbeitslosigkeit gezwungen.

Diese nackten Zahlen bedeuten nicht nur menschliche Dramen im Leben der Millionen Betroffenen und ihrer Familien und letztlich im Leben aller Arbeitenden, da sie alle unter dem Gewicht der Massenarbeitslosigkeit leiden. Sie sind auch eine unglaubliche Verschwendung, ein Verbrechen an der gesamten Menschheit: Millionen (junge) Leute, die Kraft und Lust hätten, um zu arbeiten und dabei die Welt nach vorne zu bringen, werden von dieser Gesellschaft zur Untätigkeit verdammt.

Und was fällt den Regierungen in Europa angesichts dieser sozialen Katastrophe ein? Sie erhöhen noch überall das Rentenalter. Und sie machen es den Unternehmen noch leichter, Arbeitende zu entlassen.

Ob in Spanien, in Italien, in Portugal, Slowenien... überall werden die wenigen Gesetze, die es zum Kündigungsschutz gibt, eingeschränkt oder abgeschafft. Ziel ist, dass die Unternehmen ohne jede Hindernisse jeden Arbeiter entlassen dürfen, wie sie wollen. Das verschlimmert nicht nur die Existenzangst aller Arbeitenden – es wird auch zwangsläufig das Ausmaß der Arbeitslosigkeit noch vergrößern.

Diese Angriffe, gegen die es in mehreren Ländern Proteste und größere

Streiktage gab, sind Teil der Maßnahmen, mit denen angeblich die „Schuldenkrise in der Eurozone“ bekämpft werden soll – Maßnahmen, die insbesondere von Merkel und Sarkozy eingefordert und vorangetrieben werden. Doch was hat bitte die Verringerung des Kündigungsschutzes mit „Schuldenbekämpfung“ zu tun? Ganz offensichtlich NICHTS, genau wie viele andere ihrer Maßnahmen.

Die angebliche Bekämpfung der Schulden ist in Wahrheit ein idealer Vorwand und eine gute Gelegenheit für die Kapitalisten und ihre Regierungen, um in ganz Europa die Arbeiterklasse anzugreifen und viele Errungenschaften zu vernichten, die diese sich über Jahrzehnte mühsam erkämpft hat.

Lynchmord an Schwarzen legal?

Nach sechs Wochen andauernden Protesten der Familie und Demonstrationen von zehntausenden Menschen in verschiedenen Städten der USA wurde der Mörder von Trayvon Martin, einem 17-jährigen schwarzen Jugendlichen, letztendlich doch vor Gericht gestellt.

Trayvon war von George Zimmermann, Mitglied einer selbst ernannten weißen Bürgerwehr, grundlos auf offener Straße erschossen worden. Doch die Polizei ermittelte nicht einmal gegen George Zimmermann. Sie erklärte seinen Mord für legal und berief sich dabei auf das Gesetz „Weiche nicht zurück“, das in Florida seit 2006 offiziell erlaubt, auf jemanden zu schießen, wenn man sich von ihm bedroht fühlt. Und die Polizei hielt es offensichtlich für normal, dass sich George Zimmermann von diesem unbewaffneten, schwächlichen Schüler,

der vom Supermarkt nach Hause lief, bedroht fühlte... einfach nur, weil er schwarz war. Hätte aber umgekehrt Trayvon, der tatsächlich bedroht war, auf den Weißen George Zimmermann geschossen, dann hätte ihn die Polizei sicher nicht laufen lassen.

Dieser jüngste Skandal hat einmal mehr deutlich gemacht, wie sehr das gesamte „Rechts“-System in den USA noch immer von Rassismus durchdrungen ist, wie wenig die Zeiten vorbei sind, in denen man Schwarze ungestraft lynchen durfte – mit dem einzigen Unterschied, dass man sie heute nicht mehr an Bäumen aufknüpft, sondern erschießt.

Nur den zahlreichen Protesten ist es zu verdanken, dass in diesem Fall der rassistische Mord nicht unter den Tisch gekehrt werden konnte.

TOTAL außer Kontrolle

Seit einem Monat strömen täglich 200.000 Kubikmeter giftiges Gas aus der Nordsee-Plattform Elgin, wo der Konzern Total Erdgas fördert. Aber erst jetzt, nach einem Monat, beginnt Total mit Maßnahmen, um das Gas-Leck zu schließen.

Genau wie bei der Explosion der BP-Ölbohrplattform im Golf von Mexiko ist völlig unklar, ob diese Maßnahmen das Leck tatsächlich schließen können. Denn hier wie dort hatten die Ölkonzerne angefangen zu bohren, ohne vorher technische Mittel und Ideen zu entwickeln, was sie im Fall eines Unfalls tun könnten. Schließlich wollte man so schnell wie möglich bohren, um so schnell wie möglich Profit zu machen.

Hier wie dort haben die Arbeitenden außerdem in den Wochen vor dem Unfall Unregelmäßigkeiten entdeckt und davor gewarnt. Doch der Konzern hat die Warnung der Arbeitenden ignoriert. Den Arbeitern der Elgin wurde sogar gesagt „es könnte nichts passieren“ – bis die Katastrophe da war.

Wie so oft hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Arbeitenden viel verantwortlicher und kompetenter im Umgang mit den Anlagen sind als die heutigen Entscheidungsträger, die Manager und Aktionäre, die nichts anderes als ihre Börsenkurse im Kopf haben.

Es sind die Kapitalisten, die wir uns nicht leisten können

Es nimmt kein Ende. Kaum haben die Arbeiter von Opel die letzte Entlassungswelle hinter sich, schon droht General Motors erneut mit der Schließung von Werken, verlangt Lohnkürzungen bis zu 20% und mehr Leiharbeit.

Nebenan sind es die Arbeiterinnen von Schlecker, die auf 15% ihres ohnehin mageren Lohns verzichten sollen – mit der Drohung, dass sie ansonsten das Los ihrer 11.000 bereits entlassenen Kolleginnen teilen würden.

Und wie viele Arbeiter sind denselben Erpressungen ausgesetzt! In zahllosen Betrieben werden sie derzeit zu dutzenden oder hunderten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht und zum Verzicht gedrängt.

Wie die 453 Arbeiter in Essen, die Vodafone zunächst an Arvato verkauft hat und denen man nur sagt: „Verzichtet auf bis zu 30% (!) eures Lohns – ansonsten schließen wir die gesamte Filiale und ihr seid alle arbeitslos.“

Überall kommen die Bosse dabei mit denselben Argumenten: „Wir haben weniger Aufträge und Gewinn, wir sind nicht rentabel und nicht konkurrenzfähig. Wir können uns eure Löhne nicht mehr leisten.“

Dabei ist es gerade umgekehrt: Es sind die Arbeitenden, die sich den Verzicht auf ihren Lohn nicht mehr leisten können! Die steigenden Preise bringen ohnehin schon viele in Schwierigkeiten. Viele Arbeitende werden durch 10%, 20% oder noch mehr Lohnverlust in den Bankrott gedrängt.

Außerdem kosten die Arbeitenden die Unternehmen kein Geld! Nur dank den Arbeitenden laufen die Betriebe, der Transport und die Geschäfte, nur dank ihnen können die Betriebe Waren und Dienstleistungen mit Gewinn verkaufen. Tatsächlich sind die Arbeiter kein „Kostenfaktor“, sondern sie sind diejenigen, die einer Firma den Reichtum, den Gewinn schaffen.

Ein reiner Kostenfaktor sind hingegen die Kapitalisten, die großen Aktionäre. Sie kassierten und kassieren den Gewinn ein, den die Arbeiter erwirtschafteten.

Allein in diesem Jahr haben sich die Aktionäre der 30 großen deutschen DAX-Konzerne rekordverdächtige 27,5 Milliarden Euro an Dividende schenken lassen. Davon kaufen sie Luxusyachten, spekulieren an der Börse... ohne selber zu arbeiten.

Mit all diesen Gewinnen und den seit Jahren aufgehäuften Gewinnen der Aktionäre von Opel, von Vodafone, der Schlecker-Kinder, der Familie Siemens und all der anderen Großaktionäre könnten sich die Betriebe problemlos ALLE Arbeitsplätze und Löhne aller Arbeitenden „leisten“.

Die einzigen hingegen, die wir uns wirklich nicht mehr leisten können, das sind diese Kapitalisten und ihre Profitgier.

Wir brauchen Solidarität... zwischen den Arbeitenden

In den Reden der SPD-Politiker hört es sich derzeit fast so an, als seien „paradiesische“ Städte in Ostdeutschland Schuld daran, dass die Städte im Ruhrgebiet so verarmt sind. Diese Propaganda ist widerlich – umso mehr, da sie gerade die Menschen zu Sündenböcken für die katastrophale Lage und die endlosen Sparpläne vieler Ruhrgebiets-Städte macht, die genauso arm dran sind.

Erschreckend hohe Arbeitslosigkeit, stillgelegte verfallene Industrieanlagen und Niedrigstlöhne sind nämlich das wahre „Paradies“ in den ostdeutschen Städten und Dörfern. Viele junge Leute müssen wegziehen, um im Westen Arbeit zu suchen. Und so verwaisen ganze Gegenden, schließt die Arztpraxis und der letzte Supermarkt, verfallen die täglichen Einrichtungen und Wohngegenden.

Doch davon wird natürlich nicht gesprochen. Gezeigt werden stattdessen einzelne Prunkbauten, schicke Innenstädte und renovierte Schlösser für Touristen. Das wäre, als wenn man die Kamera

nur auf den Duisburger Innenhafen, die Zeche Zollverein und das neue Folkwang-Museum richten würde und dann sagt: „Seht mal, wie viel Geld die Städte im Ruhrgebiet bekommen und was sie sich für Prunkbauten leisten können.“

In Wahrheit wandern im Finanzkarussell der Öffentlichen Kassen ständig Gelder hin und her, mal vom Ruhrge-

biet nach Dresden, dann von Bayern ins Ruhrgebiet, dann von der EU nach Hessen und NRW. Die Städte werden trotzdem immer ärmer. Weil diese Gelder selten für die einfache Bevölkerung verwendet werden, sondern fast immer für exklusive Projekte.

Und vor allem, weil diese Subventionen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind im Vergleich zu den riesigen Geldmengen, die die Banken über die öffentlichen Schulden jeden Monat aus den Städten herausaugen – und im Vergleich zu den großen Kosten, die den Städten durch Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhne verursacht werden.

Die Banken und Konzerne sind also die wahren Verursacher der Verarmung der Städte. Und dass die SPD diese Kapitalisten schützt und lieber die Opfer, die arbeitende Bevölkerung verschiedener Regionen zu Sündenböcken macht und gegeneinander ausspielt, das spricht Bände darüber, auf wessen Seite die SPD schon seit langem steht... und auch, welche Politik sie nach den Wahlen führen will.



**Leerstehende Gebäude in Magdeburg:
Verfall und Armut prägen das
Ruhrgebiet... und Ostdeutschland!**

DB: Die Sicherheit ist auf dem Abstellgleis

Zwei Bauarbeiter und ein Lokführer sind in Hessen ums Leben gekommen, als in der Nacht zum 13. April ein Regionalzug auf einen Bagger prallte. Noch scheint unklar, ob der Bagger auf dem falschen Gleis stand, weil man den Arbeitern ein falsches Gleis genannt hatte oder ob sie es in der Nacht verwechselt haben.

Sicher, solche menschlichen Fehler

können passieren – doch die Bedingungen bei der Bahn tragen maßgeblich dazu bei, solche Fehler zu provozieren.

Denn mit drastischen Sparprogrammen hat die DB das Bahnpersonal seit 20 Jahren zusammengeschrumpft. Die Abteilungen, die solche Arbeiten organisieren und koordinieren, arbeiten so ständig in Stress und Hektik.

Und die Arbeiter auf den Gleisen machen häufiger Doppelschichten und arbeiten gerade nachts oft übermüdet. Nicht selten werden hier außerdem Subfirmen eingesetzt, deren Arbeiter weder die Anlagen noch deren gefährliche Stellen kennen.

All dies schafft zusätzliche und teilweise lebensgefährliche Risiken, die die Bahn aus Kosten-

gründen einfach in Kauf nimmt. Genau wie die Sicherheitsrisiken für Beschäftigte und Passagiere, die durch die Personaleinsparungen bei der Wartung und Reparatur der Züge entstehen – und die in den letzten Jahren schon mehr als einen tödlichen Unfall verursacht haben.

All dies sind die Folgen eines einstigen Öffentlichen Dienstes, den man immer weiter zu einem Wirtschaftskonzern umgestaltet, in dem Entscheidungen nur noch nach Profit getroffen werden.

Das Ergebnis dieser Politik sind 2,3 Milliarden Euro Betriebsgewinn für die Deutsche Bahn allein im letzten Jahr... und bittere Verluste für die Beschäftigten und Passagiere.



Quelle: www.freiepresse.de

Wir tanken heiße Luft

Die horrenden Steigerungen der Spritkosten in den letzten Monaten ist durch nichts zu rechtfertigen. Sie ist einzig der Profitgier der 5 großen Ölkonglomerate geschuldet, die mittlerweile die größten Konzerne der Welt geworden sind, mit jährlichen Profiten von 30 bis 40 Milliarden Dollar!

Doch die Maßnahmen, die CDU und FDP angesichts dieses Preisterrors vorschlagen, sind mehr als lächerlich. Eine „Preisbremse“, bei der die Ölkonglomerate weiterhin ein Mal pro Tag die Preise willkürlich erhöhen dürfen... und eine kleine Erhöhung der Pendlerpauschale, die obendrein einem Großteil der einfachen Bevölkerung kaum oder gar nicht zu Gute kommt. Gleichzeitig aber kassiert der Staat ungeniert selber bei den hohen Spritpreisen mit ab, weil seine Einnahmen aus den 19% Mehrwertsteuer mit den Preisen mitsteigen.

Wollte die Regierung ernsthaft was für uns tun, so würde sie die Ölkonglomerate zu deutlich niedrigeren Preisen zwingen. Und als ersten Schritt würde sie die Mehrwertsteuer abschaffen und die Mineralölsteuer senken. Ihre Maßnahmen hingegen sind nichts als schlechtes Politiker-Theater, oder anders gesagt: Wahlkampf.

Ihre Politik muss vorübergehen

Bei BMW in Leipzig arbeiten 3920 Leute, davon sind 1100 Leiharbeiter, die teilweise schon seit neun Jahren dort arbeiten – ohne einen Festvertrag zu bekommen. Eigentlich dürfen Leiharbeiter laut Gesetz nur „vorübergehend“ beschäftigt werden. Stattdessen ist bei BMW die ganze Produktion auf ihnen aufgebaut.

Dennoch hat ein Gericht jetzt entschieden, dass BMW nicht gegen das Gesetz verstoße und die Leiharbeiter nur „vorübergehend“ beschäftigen würde. Schließlich ist „vorübergehend“ ja ein dehnbarer Begriff: Auch 10, 20 oder 40 Jahre können „vorübergehend“ sein...

So unterstützen die Gerichte die Politik von Unternehmern und Regierung. Sie alle ziehen an einem Strang mit dem Ziel, dass wir nach und nach alle jederzeit heuer- und feuerbar werden. Und so bleibt den Arbeitenden nur, selber dafür zu sorgen, dass diese Herrschenden und ihre Politik ebenfalls... vorübergehen.

Armutslöhne, Armutsrenten

45 Jahre arbeiten... und dann ein Alter in Armut – das wird für immer mehr Menschen Realität, wie die neusten Berechnungen belegen. Wer immer nur Minijobs machen konnte, erhält im Höchstfall 140 Euro Rente. Und auch die Renten der Millionen Menschen, die sich heute mit Leiharbeit oder anderen Niedriglohnjobs durchschlagen müssen, werden später nicht in Ansätzen zum Leben reichen.

Denn das ist selbst schon für viele heutige Rentner schwer – und die haben vielfach in den Jahrzehnten des „Wirtschaftswunders“ gearbeitet. Deren durchschnittliche Renten betragen rund 550 Euro für Frauen und 1000 Euro für Männer – was bei vielen hinten und vorne nicht mehr reicht, aufgrund der steigenden Preise und der wachsenden Zuzahlungen bei der medizinischen Versorgung.

Umso mehr haben Jung und Alt ein wichtiges gemeinsames Interesse: Feste Arbeitsplätze für alle durchzusetzen mit anständigen Löhnen, die ebenso wie die Renten an die Preise gekoppelt sind und damit automatisch steigen, wenn die Preise steigen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485